

XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 39. Beiratssitzung am 31.01.2023
Beginn 19:00 Uhr – Ende 21:00 Uhr

Anwesend waren die Beiratsmitglieder
M. Wolter, U. Appel, Werner Müller, M. Pacaci–
M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst, I. Eylers –
U. Schnaubelt, E. Friesen, Babara Punkenburg –
P. Heereman –
R. Tegtmeyer –
H. Rühl –

Vorsitzender: Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum
Protokoll: Frau Sabine Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Claudia Winkler, Kontaktpolizistin für Lesum
Michael Dedner, Kontaktpolizist für Marßel
Nathalie Wahlers, Vertretung Bauamt Bremen-Nord -Bauordnung
Klaus Koch, Vertretung Bauamt Bremen-Nord -Stadtplanung
Thorsten Nagel, Geschäftsführer der PROCON Gruppe

*

Herr Boehlke eröffnet die 39. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Teilnehmer*innen.

Herr Boehlke weist auf die Aufzeichnung der Sitzung zur Erstellung des Protokolls hin.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 20.01.2023 verschickt.

Änderung zur Tagesordnung:

TOP 4 „Budget der offenen Jugendarbeit für 2023“ wird aufgrund krankheitsbedingten Ausfall der Referentin abgesetzt.

Weitere Änderungen liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 1: Genehmigung der Protokolle vom 22.11.2022 und 13.12.2022

Der Entwurf der Protokolle wurde den Beiratsmitgliedern vorab zugesandt. Über die Genehmigung der Protokolle wird getrennt abgestimmt.

Beschluss:

Das Protokoll vom 22. November 2022 wird einstimmig genehmigt.

Das Protokoll vom 13. Dezember 2022 wird einstimmig genehmigt.

(Herr Heereman erscheint um 19:05 Uhr zur Sitzung.)

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

2.1: **Herr Hincke** teilt mit, dass er gestern gegen 19:00 Uhr eine Fundsache (einen Schlüssel) am Polizeirevier Lesum abgeben wollte. Der Wach- und Einsatzleiter hätte den Schlüssel zunächst nicht annehmen wollen und auf die Abgabe im Fundbüro in der Innenstadt verwiesen. Herr Hincke findet, dass ein solches Verhalten nicht sehr bürgernah sei und bittet um Klärung des Sachverhaltes.

2.2: **Frau Müller-Lang** stellt einen schriftlichen Antrag, anstelle des geplanten Uferweges eine Pontonbrücke als Ersatz für die Grambker Holzbrücke zu errichten. Sie befürchtet, dass es bei der geplanten Errichtung eines Uferweges der schnelle Ausbau durch Umweltschützer verhindert werden könne.

TOP 3: Vorstellung der neuen Kontaktpolizistin für Lesum Vorstellung des neuen Kontaktpolizisten für Marßel

Herr Boehlke begrüßt

Claudia Winkler, Kontaktpolizistin für Lesum

Michael Dedner, Kontaktpolizist für Marßel

Herr Boehlke teilt dem Beirat mit, dass der langjährige Kontaktpolizist für Lesum, Karl-Heinz Tietjen, im letzten Jahr in den Ruhestand gegangen sei.

Seine Nachfolgerin sei Claudia Winkler, vorher Kontaktpolizistin in Marßel.

Seit Anfang des Jahres sei außerdem Michael Dedner, wiederum der Nachfolger von Frau Winkler, –Kontaktpolizist für Marßel.

Da vor allem die Kontaktpolizisten, die in den Ortsteilen unterwegs sind, für Bürgernähe stehen und wichtige Ansprechpartner für die Menschen seine, sollen sie heute die Möglichkeit haben, sich einmal kurz dem Beirat vorstellen.

(Herr Müller erscheint um 19:10 Uhr zur Sitzung.)

Frau Winkler berichtet, dass sie seit 1987 bei der Polizei Bremen sei. Sie schildert kurz ihren Werdegang und teilt mit, dass es schon immer ihr Wunsch gewesen sei, Kontaktpolizistin zu werden.

Herr Dedner schildert, dass er seit 2008 bei der Polizei Bremen sei, kurz in den Einsatzzügen, dann im Einsatzdienst in Blumenthal.

Herr Hornhues begrüßt die beiden Neuzugänge und freut sich, dass die Stellen schnell

wiederbesetzt wurden. Er erinnert daran, dass vom Beirat fünf Kontaktpolizisten-Stellen gewünscht seien, vier seien besetzt. Er möchte nicht, dass dieser Wunsch in Vergessenheit gerät. Er erläutert, dass der Beirat sich natürlich wünsche, dass die Kontaktpolizisten zu 100% für den Stadtteil da sein können. Er fragt Frau Winkler, wieviel Zeit sie tatsächlich vor Ort sein kann, da die Kontaktpolizisten ja auch für andere Aufgaben abgezogen werden.

Frau Winkler bestätigt, dass die Kontaktpolizisten auf dem Weihnachtsmarkt eingesetzt waren, weil der Einsatzdienst schwerpunktmäßig am Bahnhof eingesetzt war. Hinzu kämen Demonstrationen und Verkehrseinsätze bei Heimspielen von Werder Bremen. Es müssen aus Bremen-Nord immer fünf Kräfte dabei sein. Manchmal auch nur drei. Im Schnitt sei sie ca. einmal im Monat bei einem Einsatz.

Herr Heereman stellt fest, dass es dann ja rund 9 Stunden weniger im Monat seien, dass man dann ja fast von einer dreiviertel Stelle ausgehen könne. Frau Winkler antwortet, dass es bei ihr etwas weniger sei, da sie ohnehin nicht ganz Vollzeit arbeite.

Herr Rühl merkt an, dass von Seiten der Polizei sehr gerne Statistikspiele durchgeführt werden und die Verkehrssachbearbeiter auch als Kontaktpolizisten gezählt werden. Er möchte daher wissen, ob denn auch Aufgaben der Verkehrssachbearbeiter durch die Kontaktpolizisten übernommen werden.

Herr Dedner verneint die Frage. Zu seiner Auslastung könne er noch nichts sagen, da er erst am 01. Januar 2023 seinen Dienst angetreten habe und noch in der Einarbeitungsphase sei.

Herr Heereman erkundigt sich, ob alle anderen Kontaktpolizisten in Burglesum Vollzeit arbeiten. Das wird bestätigt.

Herr Müller bedauert, dass Frau Winkler Marßel verlassen habe. Er lobt ihre sehr gute Arbeit und bittet Herrn Dedner um einen ähnlich engen Kontakt. Er würde gerne bei Gelegenheit über die Schwerpunkte in Marßel reden und heißt Herrn Dedner willkommen.

Der Beirat und Herr Boehlke bedanken sich bei Frau Winkler und Herrn Dedner für die Vorstellung und freuen sich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit.

TOP 4: Budget der offenen Jugendarbeit für 2023

Abgesetzt

TOP 5: Vorstellung des Bauantrages zur Nachnutzung des ehemaligen Ortsamtes

Herr Boehlke begrüßt Frau Nathalie Wahlers, Herrn Klaus Koch, Vertretungen vom Bauamt Bremen-Nord und Herrn Thorsten Nagel, Geschäftsführer der PROCON Gruppe.

Herr Boehlke schildert kurz das bisherige Verfahren:

„Bereits im Dezember hat der Haushalts- und Finanzausschuss der Bremischen Bürgerschaft dem Verkauf im Erbbaurecht zugestimmt. Im Dezember erreichte uns auch der Bauantrag für eine Stellungnahme. Im Januar hat der Sprecherausschuss diesen Bauantrag zur

weiteren Bearbeitung an den Beirat überwiesen und somit auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt. Aus meiner Sicht hätte das Jahr nicht besser beginnen können.

Nun sind sicherlich alle gespannt, was an diesem zentralen Ort zukünftig entstehen soll.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Punkte hervorheben, die aus unserer Sicht besonders wichtig sind:

1. Erhalt des historischen Amtsrichterhauses
2. Öffentlich begehbarer Nutzung für dieses Gebäude (zum Beispiel durch Gastronomie, Co-Working, Hotel / Pension)
3. Öffnung des Zugangs zur Hindenburgstraße
4. Keine reine Wohnnutzung, vor allem im Amtsrichterhaus
5. Verzicht auf den vorhandenen Anbau durch eine städtebauliche Aufwertung.“

Herr Nagel stellt mittels Präsentation das Projekt vor (s. Anlage). Es handelt sich nicht um einen Grundstücksankauf, sondern um Erbbaurecht und es ist eine Abschlagszahlung für die Bestandsimmobilie zu zahlen. Es wird eine gewerbliche Nutzung im vorderen alten Gebäudeteil geben, oben eine Kanzlei, unten ein gehobener Gastronomiebetrieb mit Außenbestuhlung. Im hinteren Bereich werden Wohnungen neu erbaut. Es werden zehn Wohneinheiten entstehen, voll unterkellert und jede Einheit wird einen Tiefgaragen-Stellplatz erhalten. Es werden acht Wohnungen im Hochparterre und zwei im Obergeschoß entstehen.

Frau Wahlers informiert, das im Moment ein Baugenehmigungsverfahren läuft. Es werden drei Befreiungen geprüft. U.a. die Zweckbestimmung „öffentliche Verwaltung“, eine geringfügige Überschreitung der Bauzonen und eine geringfügige Überschreitung des Tiefgarageneubaus und der darüber liegenden Terrassen.

Die Stellungnahme des Fachbereichs Baumschutz läge auch vor, es wurde zugestimmt, vier Bäume zu fällen, als Ersatzpflanzungen werden 6 Bäume gefordert.

Herr Hornhues begrüßt es sehr, dass endlich das Vorhaben öffentlich vorgestellt werden kann. Leider hätte man eineinhalb Jahre nicht über dieses Projekt sprechen können. Es gefalle ihm persönlich, alle Vorgaben wären eingehalten und er könne dem Projekt nur zustimmen. Er möchte wissen, wann der Baubeginn sein werde und die Fertigstellung zu erwarten sei. Er regt an, zu prüfen, inwieweit Einbahnstraßenverkehr im Lesumer Brink und Krudopsberg in Zukunft zielführender seien.

Frau Wahlers sagt, dass die Stellungnahme des Amtes für Straßen und Verkehr hierzu noch ausstehe.

Herr Heereman findet das vorgestellte Vorhaben zu 99 Prozent gut. Aber er kritisiert, dass der Beirat 1,5 Jahre keinerlei Kenntnis vom Projekt hatte, da er nicht informiert worden sei. Er möchte festhalten, dass man als Beirat einer Ausschreibung zustimmen sollte, ohne den Text zu kennen.

Herr Boehlke widerspricht dieser Behauptung. Der Text stand zur Verfügung und es konnten auch entsprechend Punkte aufgenommen.

Herr Heereman erwidert, dass er das anders sehe. Das Ganze habe nichts mit Beiratsbeteiligung zu tun gehabt. Der Beirat hätte nicht die Möglichkeit gehabt, sich im Vorfeld mit Bürgern über die Pläne auszutauschen. Der Beiratssprecher hätte Kenntnis gehabt und jahrelang einen Wissensvorsprung.

Er fände das Projekt gut und möchte zur Gastronomie wissen, ob es bereits einen Pächter gäbe. Gastronomie wäre ein schwieriges Feld, er habe Bedenken. Außerdem hofft er, dass das Werbeschild von Cambio von der Treppenanlage wekommt.

Herr Boehlke teilt die Auffassung, dass große Luft nach oben bei Beteiligungsprozessen von Immobilien Bremen bei solchen Ausschreibungen ist. Es wäre aber dennoch so gewesen, dass zumindest die Fraktionssprecher in großen Abständen informiert wurden.

Herr Nagel äußert sich zum Verfahren: Es wurde ein Bauantrag eingereicht; zu dem Zeitpunkt war noch unklar, ob man das Projekt durchführen darf. Das sei kein leichter Prozess gewesen, es sei ein neues Verfahren, das Immobilien Bremen etablieren muss.

Zur Gastronomie teilt er mit, dass er noch keine Verträge mit jemanden schließen könne, solange noch nicht der Erbbauvertrag mit der Stadtgemeinde geschlossen sei. Dieses soll im Mai erfolgen. Bis vor wenigen Wochen hätte noch alles Mögliche passieren können. In den letzten zwei Jahren habe sich in der Gastronomiebranche vieles verändert, aber Herr Nagel sei davon überzeugt, für diese besondere Lage eine vernünftige Gastronomie etablieren zu können.

Herr Heereman sagt, dass dem Beirat bisher suggeriert wurde, dass er erst informiert werden würde, wenn alles „unter Dach und Fach“ sei. Nun höre er, dass es noch keinen Vertrag gäbe. Warum wird der Beirat dann doch schon in Kenntnis gesetzt?

Herr Boehlke erwidert, dass sich die Aussage auf den formalen Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses beziehe, er ist aber ebenfalls davon ausgegangen, dass die Vertragsverhandlungen schon beendet seien.

Herr Nagel antwortet, er sei da einigermaßen entspannt, es gäbe eine Zusage und daran glaubt er auch. Es gäbe das Gefühl, das man sich auf seinen Vertragspartner verlassen könne.

Frau Schnaubelt findet, dass der Stadtteil durch das Vorhaben aufgewertet werde. Sie fragt nach dem Baumbestand und mögliche Flächenversiegelung. Vier Bäume sollen gefällt werden, sie möchte wissen, welche? Sie meint, die Platane könne stehen bleiben, soll aber beschnitten werden. Es hätte in der Vergangenheit Baustellen gegeben, wo die Gebäude sehr dicht an Baumwurzeln herangebaut wurden und die Bäume dann beschädigt wurden und eingegangen seien. Durch die geplante Tiefgarage könne hier der Ahorn, der ganz dicht am Baufenster steht, beschädigt werden. Die Buche auf dem Grundstück sei sehr dominant, sie sei besorgt, weil die Wurzeln auch nicht so weit vom Baukörper entfernt seien.

Hauptwurzeln dürfen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Zur Flächenversiegelung möchte sie wissen, ob, wenn Terrassen angelegt werden, alles gepflastert werden würde, ob ökologisch wertvolle Büsche gepflanzt werden sollen oder Gräser, die für die Ökologie minderwertig seien.

Herr Nagel versichert, dass man keineswegs die Bäume beseitigen möchte. Die Bäume würden das Grundstück ausmachen, auch aufwerten.

Wenn Bäume wirklich im Weg stehen würden, müsse man auf das Vorhaben verzichten oder anders planen. Die Buche solle definitiv erhalten werden. Sicher werde man nicht alles Pflastern, die Terrassierung erfolge mit Einzelfundamenten, es werde nicht alles versiegelt.

Frau Wolter fragt nach den im Antrag genannten Betriebszeiten für die Gastronomie. Dort heißt es, es sei von sonn- und feiertags von 07.00 bis 24:00 Uhr geöffnet. Das erscheine ihr unlogisch, es würde doch eher Sinn machen, am Freitag und Samstag bis 24:00 Uhr geöffnet zu haben, nicht am Sonntag.

Sie bedauere den Wegfall von Parkplätzen. Bei den Carsharing-Plätzen müsse der Beirat schauen, dass ein guter Alternativstandort gefunden werde.

Herr Rühl fragt, wie lange die Erbpacht laufen soll.

Herr Nagel erwidert, dass sie für den Gastronomiebereich 60 Jahre laufen werde. Ob die Wohnungen vermietet oder verkauft werden, könne er noch nicht sagen. Herr Rühl möchte wissen, ob die Gefahr bestehe, dass das Projekt scheitert, weil die Vermarktbarkeit nicht gegeben sei, da die Preise auf dem Wohnungsmarkt deutlich zurückgegangen seien.

Herr Nagel findet das nicht, da es sich um eine besonders gute Lage handele.

Herr Rühl bemerkt, dass zurzeit etliche Neubauprojekte stocken würden, auch weil der Verkauf nicht so richtig laufe. Es wäre seiner Ansicht nach fatal, wenn das hier so wäre aufgrund der veränderten Marktbedingungen

Herr Nagel bestätigt, dass Erbbau lange total unattraktiv war, weil der Zins zu hoch war. Das wäre heute anders. Der Erbbauzins wurde gesenkt, dass kommt den Vorhaben zu gute.

Herr Tegmeier fragt, ob Solar auf dem Dach möglich sei.

Herr Nagel, antwortet, er sei kein Freund von Symbolpolitik. Es gehe hier um ein Bestandsgebäude, das historische Qualität habe.

Frau Punkenburg stellt fest, dass der Cambio-Carsharing-Platz stark frequentiert sei, wenn dieser wegfalle, wäre das ein starker Verlust. Sie mahnt an, sich rechtzeitig um alternative Standorte zu bemühen.

Herr Friesen regt an, kleinere Baumarten zu pflanzen, die in der sich verändernden Umwelt auch gedeihen können.

(Herr Rühl verlässt die Sitzung von 20:10 Uhr bis 20:14 Uhr.)

Frau Wolter fragt, ob es möglich sei, Geothermie zu nutzen?

Herr Nagel antwortet, dass man noch nicht so weit sei, dass zu prüfen.

Frau Appel äußert Bedenken hinsichtlich der Parkplatzanzahl für die Gastronomie und fragt nach der Anzahl der Sitzplätze.

Herr Nagel schildert, dass die Gastro-Anlieferung über den Lesumer Brink erfolgen werden, für die Cambio-Plätze habe er leider bislang keine Alternative. Die Sitzplatzanzahl könne er noch nicht sagen, eventuell 60 bis 70 Plätze.

Herr Boehlke teilt dem Beirat mit, dass es der Geschäftsführung von Cambio bewusst war, dass die Stellplätze auf Zeit seien. Das Thema wird frühzeitig aufgegriffen werden, um das Angebot für das Zentrum zu halten.

Herr Heereman regt an, die Dachgauben zu entfernen. Zu Cambio empfiehlt er, mal über Free-Floating nachzudenken,

Wortmeldungen aus Publikum

Herr A möchte wissen, ob es bei den 800.000 Euro Abstandszahlung für die Bestandsimmobilie geblieben wäre. Es wäre so von Seiten des Bauamtes erklärt worden. **Herr B** ist von der Aussage irritiert. Herr Boehlke teilt mit, dass dazu niemand eine Aussage machen kann.

Herr C bittet darum, da der geplante Tiefgaragenbau in die oberen Erdschichten eingreife, dass Regenwasser nicht versickern zu lassen, sondern in den Kanal zu leiten. Die Garage sollte mit Lehmriegeln errichtet werden, sonst hätten die Anwohner am Krudopsberg zukünftig Wasserprobleme.

Frau D findet den Entwurf sympathisch. Carsharingplätze könne man Im Pohl errichten oder auf der Tiefgarage beim Stehcnckenshoff. Sie kritisiert die Bürgerbeteiligung, sie habe auch eine Idee eingebracht. Diese wäre nicht an die Kulturbehörde weitergeleitet worden. Sie habe Kontakt mit Herrn Mosel aufgenommen. Der habe ihr mitgeteilt, dass die ganze Veranstaltung mit den Bürgern lediglich eine reine Show-Veranstaltung gewesen sei. Sie vermute, das wahrscheinlich längst im Hinterzimmer beschlossen war, wie es werden solle.

Herr Boehlke interveniert energisch gegen diese Aussage. Er weist die Unterstellung, die Bürgerbeteiligung als Pseudoveranstaltung zu bezeichnen, entschieden zurück. Zum damaligen Zeitpunkt habe niemand wissen können, das bis heute drei Jahre vergehen werden. Er weist auch darauf hin, dass sehr viele Vorschläge aus der Bürgerbeteiligung in die Planungen aufgenommen wurden. Das sei auf der Homepage des Ortsamtes jederzeit nachlesbar. Dass der Vorschlag mit der Stadtbibliothek von Frau Seemann-Ruschin gescheitert sei, lag allein daran, dass die Bibliothek keinen Bedarf sah. Deshalb wurde der Vorschlag nicht weiterverfolgt.

Herr E, Mitglied einer Baugemeinschaft, sagt, er habe auch auf das Projekt geboten. Der Beteiligungsprozess habe sehr zu wünschen übriggelassen. Sein Angebot wäre wesentlich weniger ausgedehnt gewesen.

Herr F merkt an, dass er den Entwurf richtig gut finde und sich freue, dass er in den Bebauungsplan passe. Er regt an, dass man das hintere Gebäude Material- und farbmäßig vom vorderen Bau absetzt. Dadurch entstehe nicht, wie jetzt, eine gewisse Größe durch die Gleichfarbigkeit. Er erinnert daran, dass die kleinen Blümchen auf der Treppe um die alte Eiche standen, sie wären seinerzeit mit viel Sorgfalt entworfen worden. Er bittet darum, sie im Bereich der Gastronomie unterzubringen und sie nicht zu entsorgen.

Herr Boehlke kann sich auch vorstellen, gemeinsam mit dem Heimatverein zu überlegen, wo sie hinkommen könnten.

Herr Nagel sichert zu, dass sie nicht entsorgt werden. Bei der Fassade für den Altbau habe man sich für den Moment entschieden, diese mit Mörtelputz aufzuarbeiten. Die Farbnuancen seien ähnlich, wobei im Rückbau Verblender geplant seien. Es sei nicht vorstellbar, einen

dunklen oder roten Verblender zu verwenden.

Herr G fragt, warum erst im Mai der Vertrag unterschrieben werden soll. Er wünscht, dass alle Vertragsdaten und Preise nach Abschluss des Vertrages öffentlich gemacht werden.

Herr Boehlke bemerkt, dass die Veröffentlichung nicht Aufgabe des Ortsamtes sei und er auch nicht weiß, ob das rechtlich zulässig sei.

Herr Rühl merkt an, dass man in der Wirtschaftsdeputation lange um eine Senkung des Zinses gerungen habe. Problematisch findet er den Heimfall des Objektes nach Ablauf der vereinbarten Zeit; es würde dann zu einem Restwert der Stadt zufallen, wenn man sich nicht neu einigt. 60 Jahre seien relativ wenig, um entsprechende Investitionen zu amortisieren.

Herr Nagel antwortet, es gehe nicht um den Restwert, sondern Verkehrswert. Die Verkehrswertentwicklung sei in den letzten Jahrzehnten immer gestiegen und es gäbe in Wahrheit keine Interessenslage der Stadt für einen Zurückerwerb. Das sei auch nicht die Idee, die politisch dahinterstehe, sondern das Ziel, Grundstücke nicht ganz und gar aus der Hand zu geben. Nicht, nach 60 Jahren bzw. 99 Jahren zum Verkehrswert abzulösen. Dafür seien auch gar keine Mittel vorhanden.

Die Sitzung wird unterbrochen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat stimmt dem vorgestellten Konzept und der planungsrechtlichen Stellungnahme für den Umbau und Neubau des ehemaligen Ortsamtes in der Hindenburgstraße 61 zu Gewerbe und Wohnzwecken zu und begrüßt, dass die wesentlichen wichtigen Punkte des Beirates zur Aufwertung des Stadtteils an dieser Stelle berücksichtigt werden.

Er erwartet von Immobilien Bremen die Vertragsverhandlung in den nächsten Wochen schnellstmöglich abzuschließen.

Es ist darauf zu achten, dass die Versiegelung der Außenanlage auf ein ökologisch vertretbares Maß erfolgt.

Er bittet SKUMS, rechtzeitig mit Cambio bzgl. Alternativflächen in der Nähe zum ehemaligen Ortsamt in Kontakt zu treten.

TOP 6: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

- 15.02.23, 11-13 Uhr: Info-Veranstaltung „Werden Sie Kindertagespflege-Person!“ (Stadthaus Vegesack, Sitzungssaal)
- Umgestaltung Helsingborger Platz: Aufnahme in die Prioritätenliste des ASV. Fertigstellung ist für 2024 / 2025 geplant.

TOP 7: Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Hornhues berichtet über die Sitzung des Regionalausschusses Bremen-Nord und die

Themen Fährverbindungen und Polizei. Bei den Fährverbindungen habe man sich verständigt, die u.a. von Rainer Tegtmeier entwickelte Variante nochmals näher zu prüfen und einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Auf der gestrigen Beirätekonzferenz wurde durch den Polizeipräsidenten die grundsätzliche Lage der Polizei dargestellt. Der Beiratssprecher bewertet, dass man erst, wenn 2026 alle derzeit vakanten Stellen besetzt seien, die Forderung nach einem fünften Kontaktpolizisten realisieren könne.

Herr Hornhues informiert außerdem, dass der Lärmkataster jetzt online einsehbar sei. Er teilt weiterhin mit, dass in ganz Bremen die hausärztliche und fachärztliche Versorgung immer schlechter werde und absehbar etwas getan werden müsse.

TOP 8: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

Herr Tegtmeier bemerkt, dass er und Herr Rühl zwingend bei der Arbeitsgruppe für den Fährverkehr dabei sein müssen. Man könne die Experten nicht alleine machen lassen. Er fragt, ob sie mit dabei seien.

Herr Boehlke erinnert daran, dass der Tagesordnungspunkt „Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten“ heißt und nicht, „werde ich in irgendwelchen Gremien dabei sein?“. Er bietet an, gerne im Nachgang dieser Sitzung darüber zu sprechen. Gleichwohl müssen sich die drei Nordbremer Beiratssprecher auf die Entsendung der Beiratsvertreter in die Arbeitsgruppe noch verständigen.

Ende der Sitzung 21:00 Uhr

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Beiratssprecher

gez. Tietjen
Protokoll